

## Zu viele Helfer, wenn es brenzlich wird

**BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken beschreibt, was Indianerkämpfe und die Europäische Währungsunion miteinander verbindet**

In vielen alten Wildwest-Filmen geraten Soldaten in einen Indianerhinterhalt. Wenn die Lage fast schon hoffnungslos ist, tauchen andere Soldaten auf und helfen ihnen aus der Klemme. Da ist die schöne heile Welt wieder in Ordnung. Verschwiegen wird in diesen Filmen, dass die befreiten Soldaten, als Eindringlinge ins Indianerland, die Gefahr selbst herbeigeführt haben.

Ganz ähnlich verhält es sich zurzeit in Europa. Die Maßnahmen, die die meisten Staaten zur Rettung ihrer Banken und gegen die Rezession ergriffen haben, führen zu einer gewaltigen Staatsverschuldung. Sie ist so hoch, dass die Sorge laut geworden ist, dass selbst Staaten der Euro-Zone – vor allem Griechenland, aber auch Irland, Italien, Spanien und sogar Österreich – sich überhoben haben und der Staatsbankrott droht. Das hat dazu geführt, dass diese Länder deutlich höhere Kreditzinsen bezahlen müssen: Würden Sie eine griechische Staatsanleihe kaufen, wenn eine sicherere deutsche zum selben Zins zu haben ist? Griechenland bekommt also nur Geld, wenn es höhere Zinsen bietet. Dadurch aber wird der Staatshaushalt noch mehr belastet. Die Gefahr des Staatsbankrotts steigt weiter.

Wie konnte es so weit kommen? Nehmen wir als Beispiel Griechenland. Der EU war bei Einführung des Euros, in den

1990er Jahren, völlig klar, dass ein Staat mit ohnehin schon maroden Staatsfinanzen in einer schweren Rezession umkippen könnte. Daher gab es den Stabilitätspakt, der die Euro-Staaten zur Haushaltsdisziplin verpflichtete.

Indessen wurde er nie richtig angewandt. Das begann schon damit, dass Griechenland sich die Aufnahme in die Währungsunion betrügerisch erschlichen hat; die Staatsverschuldung war über Jahre frisiert worden. Mit der tatsächlichen Verschuldung wäre das Land nie aufgenommen worden. Was war die Konsequenz, als die Fälschung herauskam? Griechenland durfte bleiben und wurde zu Reformen aufgefordert. Wie wirksam!

Inzwischen war der Stabilitätspakt auch anderen Staaten ziemlich lästig geworden. Als Politiker lebt es sich eben leichter, wenn man am Schuldenmachen nicht gehindert wird. Daher wurde dem Pakt 2003 das Rückgrat gebrochen: Unter Federführung Deutschlands und Frankreichs wurde er so aufgeweicht, dass ihn kein Staat mehr fürchten muss. Daher hatte auch Grie-

chenland keinen Sanierungsdruck mehr. All das rächt sich heute.

Denn wir stehen vor einem fatalen Dilemma. Unsere Politiker haben bereits gesagt: Wenn man Banken rettet, weil ihr Kollaps unkalkulierbare Risiken bringe, müsse man den Bankrott eines Staates erst recht verhindern. Dumm ist nur: Das

EU-Recht verbietet das kategorisch; weder die EU noch ein Euro-Staat dürfen für die Schulden eines anderen Euro-Staats eintreten. Im EU-Jargon spricht man vom Bail-out-Verbot; das englische „to bail out“ bedeutet „aus der Klemme helfen“.

Dennoch will Brüssel für gefährdete Staaten, allen voran Griechenland, eine „europäische Lösung“ finden. Auch Finanzminister Peer Steinbrück hat gesagt, dass einem Euro-Staat in einer sehr schwierigen Lage geholfen werden müsse.

Um das Bail-out-Verbot zu umgehen, soll bei der „europäischen Lösung“ getrickst werden: Man behauptet einfach, die Notlage brach über das schuldlose Griechenland ähnlich wie eine Naturkatastrophe herein; und daher soll ein Euro-Staat mit guter Bonität (gemeint ist

Deutschland) – statt für die griechischen Kredite „einzutreten“ – im eigenen Namen einen Kredit aufnehmen und das Geld Griechenland zur Verfügung stellen. Sanctissima, eine geniale Idee!

Was sind die Folgen allein schon der Ankündigung, dass man notfalls das Bail-out-Verbot umgehen werde? Kurzfristig – und Politiker denken ja meist nur so weit – kann sie Griechenland zu niedrigeren Kreditzinsen verhelfen und die Gefahr des Staatsbankrotts vorerst abwenden.

### Der Flurschaden ist unabsehbar

Doch mittelfristig? All jene Staaten, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, haben erst recht keine Veranlassung zur Sparsamkeit mehr. Im Gegenteil. Denn sie können sich beruhigt sagen: „Der deutsche Steuerzahler wird uns schon beispringen, wenn es eng wird.“

Der angerichtete Flurschaden ist unabsehbar. Wenn sich die Soldaten im Wilden Westen hätten sicher sein können, dass ihnen, wenn es brenzlich wird, andere Soldaten aus der Klemme helfen, wären sie noch viel forscher und unverfrorener ins Indianerland eingedrungen.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.



Lüder Gerken